

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Wohin steuert die schweizerische Sicherheitspolitik 2016?

Carlo Jagmetti

Der Entwurf zum Sicherheitspolitischen Bericht 2016 ist aufgrund seiner Struktur ein schwer verdaulicher Lesestoff. Zudem ist der Bericht in weiten Teilen sicherheitspolitisch bereits heute überholt und seine Erkenntnisse sind aus Neutralitätspolitischer Sicht teilweise unhaltbar. Der Bericht verkommt überdies zu einer Verteidigungsschrift der geplanten Weiterentwicklung der Armee und unterstützt damit eine weitere, unhaltbare Schwächung der Sicherheit unseres Landes (Red.).

Der seit kurzem vorliegende Entwurf zum Sicherheitspolitischen Bericht 2016 (Sipol 2016) enthält eine sorgfältige und wohl recht vollständige Beurteilung der internationalen und schweizerischen Sicherheitslage anfangs 2015. Er macht Angaben zur Strategie sowie zu den sicherheitspolitischen Instrumenten zur Bekämpfung von Bedrohungen und Gefahren und weist schliesslich auf die Entwicklung des Sicherheitsverbundes Schweiz hin. Wegen des systematischen Aufbaus kommt es zu unzähligen Wiederholungen, weil zu vielen Themen immer wieder die Rollen der verschiedenen Institutionen (Aussenpolitik, Armee, Bevölkerungsschutz usw.) dargestellt werden. Der Bericht ist daher (zu) lang, nicht leicht lesbar und somit kaum geeignet, um die Adressaten (politische Führung, Parteien, interessierte Gruppierungen, weiteres Publikum) zu überzeugen.

WEA Allheilmittel der Sicherheitspolitik?

Immer wieder betont der Sipol 2016, die WEA alleine biete die richtige und zukunftsweisende Lösung. Auf die Bedeutung der Neutralität wird zwar hin und wieder hingewiesen, doch erklären die Verfasser fast alles für vereinbar

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Wohin steuert die schweizerische Sicherheitspolitik 2016?	1
Dove sta andando la politica di sicurezza svizzera 2016?	2
Mais où mène la Politique de sécurité suisse 2016?	3
Guerre ou pas guerre? La confusion	4
Interviews mit Parlamentariern	4
Randbemerkung	6
Verfehlte Vorlage zur angeblichen Weiterentwicklung und tatsächlichen Halbierung der Armee!	5
Sezione della Svizzera italiana	6
Buchempfehlungen	7
Halbierung der Armee vors Volk	8
Impressum	8
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci!	8

mit der Neutralitäts-Maxime, insbesondere die so genannte Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Armee (WEA) und der Neutralität nimmt der Bericht somit eine klare «partisan view» (Parteisicht) ein. Das Ziel des Berichts liegt wohl vor allem in der Förderung und schliesslich der Durchsetzung der seit der Armee XXI begonnenen und bis heute weiter getriebenen Verringerung der schweizerischen Wehrbereitschaft. Der Bericht erscheint im Moment, da Europa mit Flüchtlingsströmen und terroristischen Untaten in bisher unbekanntem Mass konfrontiert ist. Er ist deshalb schon im Entwurfsstadium in mancher Hinsicht überholt. Der Bundesrat will ja offensichtlich das Volk beruhigen, scheint aber die wahre Dimension der neuen Entwicklungen zu unterschätzen, was zum Beispiel darin zum Ausdruck kommt, dass für die zu erwartende Entwicklung der Flüchtlingsfrage kein Krisenstab eingerichtet wird. Man erinnert sich der seinerzeitigen Aussagen zum Bankgeheimnis und des kurz darauf folgenden Einbrechens der Politik und der Finanzwelt gegenüber den massiven Drohungen aus dem Ausland, oder man erinnert sich des unüberlegten Umkrempelns der Energiepolitik im Anschluss an die Katastrophe von Fukushima. Die im neuen Sicherheitspolitischen Bericht enthaltenen Angaben, wonach fast alles gewissermassen «im Griff ist», vermögen in der gegenwärtigen Lage nicht unbedingt zu überzeugen.

Die Ziele des Bundesrates im Jahr 2016

Mit Beschluss vom 4. November 2015 hat der Bundesrat seine Ziele für 2016 verabschiedet. Die Aufstellung zeigt, in welchem ungeheuren Masse die Regulierungswut Urständ feiert. Der Trend zur Zentralisierung und Regulierung in allen Lebensgebieten wird jedes Jahr prononcierter, und wer da noch von einer liberalen Wirtschaftsordnung und einer freiheitlichen Gestaltung unserer Gesellschaft sprechen will, muss sich Gewalt antun. Der Bundesrat setzt sich unter drei übergeordneten Leitmotiven insgesamt 16 Ziele. Die Leitmotive lauten:

- «Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig»

- «Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit»
- «Die Schweiz sorgt für Sicherheit und agiert als verlässliche Partnerin der Welt»

Für die Auseinandersetzung mit der Sicherheitspolitik ist vor allem der dritte Bereich relevant. Das vierte der 16 Ziele lautet «Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU». Darin ist zu lesen (s. S. 23), dass der Bundesrat diese Beziehungen stärken will unter anderem durch einen «Grundsatzentscheid betreffend Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen zur Teilnahme der Schweiz an Operationen im Rahmen der GSVP (gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU).

Quo vadis Schweiz?

1. Anlehnung an die EU

Seit einiger Zeit ist die Rede von einem Rahmenvertrag mit der EU, wobei der Bundesrat von einem institutionellen Abkommen zur Weiterentwicklung des bilateralen Weges spricht. Im Sipol 2016 heisst es, ein Rahmenabkommen betreffend Verteidigungskooperation stehe seit einiger Zeit im Raum. Dadurch entsteht zunächst eine beträchtliche Begriffsverwirrung in Bezug auf die verschiedenen beabsichtigten Abkommen. Vor allem zeigt sich nun aber, dass in sicherheitspolitischer Hinsicht neue Wege beschritten werden sollen, die neutralitätspolitisch unverträglich sind. Die Ausführungen zum Ziel 15 des Sipol 2016 machen dies vollends klar: «(...) Rahmenabkommen zur Teilnahme der Schweiz an Operationen zur Konfliktverhütung, zum Krisenmanagement und zur Friedenserhaltung im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. In einem solchen Rahmenabkommen würden die Modalitäten für eine künftige Teilnahme der Schweiz an zivilen Missionen und militärischen Operationen der EU geregelt. Damit könnte die Teilnahme der Schweiz an Missionen der GSVP auf administrativer Ebene vereinfacht und beschleunigt werden.» Offensichtlich wird also nicht nur eine neutralitätswidrige militärische Zusammenarbeit

angestrebt; diese soll auch den politischen Behörden entzogen und der Entscheidungsbefugnis der Verwaltung überlassen werden.

2. Wirken im Rahmen der OSZE

Zweimal übte die Schweiz den Vorsitz der OSZE aus. Dies ist wohl der Hauptgrund für die in allen offiziellen Publikationen zum Ausdruck kommende Begeisterung für diese Organisation. Tatsächlich hat sie gegenüber der EU und der NATO den Vorzug, eine gesamteuropäische Organisation ohne Allianzcharakter zu sein. Ihre Bedeutung soll nicht missachtet werden, doch sind ihre bisherigen friedensfördernden und -erhaltenden Leistungen bescheiden. Dass die Schweiz weiterhin aktiv in der OSZE mitmacht, ist sicher angebracht. Dieses Mitwirken trägt allerdings kaum etwas bei zur konkreten Wahrung der Sicherheit unseres Landes. Unter dem Ziel 16 des Sipol 2016 «Die Schweiz engagiert sich aktiv für die internationale Stabilität» steht unter anderem zu lesen: «Der Bundesrat beteiligt sich an der Gestaltung der Europäischen Sicherheit insbesondere im Rahmen der OSZE und in enger Zusammenarbeit mit den deutschsprachigen Nachbarstaaten.» Diese Absicht ist in Zusammenhang mit dem OSZE-Vorsitz von Deutschland und Österreich erwähnt, wird bei den Zielen aber in allgemeinem Sinne bestätigt.

3. Zusammenarbeit mit der NATO

Während im Sipol 2016 einer verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO besonders im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfF) das Wort gesprochen wird, findet sich dazu bei den Zielen nichts Spezifisches. Die PfF wird nun schon seit bald 20 Jahren betrieben und bleibt neutralitätsrechtlich äusserst fragwürdig und neutralitätspolitisch eigentlich unhaltbar. Sie hat sich allerdings auf wenig Spektakuläres beschränkt und deshalb bisher kaum aussenpolitisches Ungemach verursacht. Im Falle einer Konfrontation der NATO mit Russland oder etwa eines Ausbrechens der Türkei aus der NATO dürfte die Situation aber wesentlich heikler werden und nach einer Überprüfung unseres Verhältnisses zur NATO rufen.

Fazit

Ja, wohin will denn der Bundesrat steuern? Ziel 15 des Sipol 2016 ist, wie gesagt, neutralitätspolitisch un-

haltbar. Da der Bundesrat eine enge Zusammenarbeit mit einer Paktorganisation – und die EU ist eine solche – anstrebt, ist dieses Ziel wohl auch mit dem Neutralitätsrecht nicht vereinbar. Gleiches gilt für die Kooperation mit der NATO, bis auf weiteres die einzige militärisch effiziente Paktorganisation, die allerdings praktisch ganz von der bestimmenden Teilnahme der USA abhängig ist. Und was soll die Betonung der Zusammenarbeit mit deutschsprachigen Nachbarländern in der OSZE? Dass man sich hin und wieder mit Nachbarn bespricht, ist wohl durchaus zu akzeptieren, dass man aber explizit und systematisch (und offenbar über die Zeit des deutschen und österreichischen Präsidiums hinaus) mit diesen Ländern bedeutend mehr zusammenarbeiten will als mit den andern Nachbarländern und auch allen andern OSZE-Mitgliedern, ist nicht weise, und es ist wohl auch neutralitätspolitisch ein Unsinn.

An der Innenfront zeichnet sich hinsichtlich der Dienstpflicht die Gefahr einer Umwälzung an: Nachdem der Souverän am 22. September 2013 die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht massiv abgelehnt hat, will der Bundesrat 2016 «den Bericht der Studiengruppe Dienstpflichtsystem beraten». Dabei soll auch das Modell einer «allgemeinen Dienstpflicht» geprüft werden. Das kann wohl nicht viel anderes heissen, als dass der Bundesrat die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht voranzutreiben beabsichtigt und damit den Willen des Souveräns missachtet.

Kein Verständnis für die Sicherheitspolitik des Bundesrates

Bei Bürgerinnen und Bürgern, die den traditionellen Werten der Schweiz verpflichtet sind, dürften die sicherheitspolitischen Ziele des Bundesrates auf wenig Verständnis stossen. Seit 20 Jahren wird mit jeder Reform die Verteidigungsbereitschaft der Schweiz geschwächt. Der Endpunkt wird wohl vorläufig mit der Genehmigung der WEA im Frühjahr 2016 gesetzt. Die so umgeformte Armee wird ein im Ernstfall nicht genügendes Minimum darstellen.

Dove sta andando la politica di sicurezza svizzera 2016?

Carlo Jagmetti

A causa della sua struttura, il progetto di Rapporto sulla politica di sicurezza 2016 non è certo di facile lettura. Già oggi, in ampie parti risulta superato sotto il profilo della politica di sicurezza e parzialmente insostenibile sotto il profilo della politica di neutralità. Inoltre, si riduce sostanzialmente a un'arringa in difesa del previsto «ulteriore sviluppo dell'esercito (USEs)» e favorisce quindi un ulteriore e insostenibile indebolimento della sicurezza del nostro Paese (red.).

Il progetto di Rapporto sulla politica di sicurezza 2016 (RAPOL-SIC 2016), disponibile da poco, contiene un'accurata e assai completa valutazione della situazione mondiale e svizzera in materia di sicurezza all'inizio del 2015. Fornisce indicazioni sulla strategia e sugli strumenti della politica di sicurezza destinati a combattere minacce e pericoli e, infine, delinea l'evoluzione della Rete integrata Svizzera per la sicurezza. A causa della struttura sistematica vi sono innumerevoli ripetizioni, poiché per molti temi vengono sempre illustrati i ruoli delle differenti istituzioni (politica estera, esercito, protezione della popolazione ecc.). Il rapporto risulta pertanto (troppo) lungo, non facilmente leggibile e quindi poco idoneo a convincere i destinatari (condotta politica, partiti, gruppi interessati, ampio pubblico).

L'USEs: la panacea in materia di politica di sicurezza?

Il RAPOL-SIC 2016 sottolinea ripetutamente che soltanto l'USEs rappresenta la soluzione giusta e orientata al futuro. È vero che ogni tanto si fa riferimento alla neutralità, ma gli autori dichiarano che quasi tutto è compatibile con quest'ultima, in particolare la cosiddetta sicurezza attraverso la cooperazione internazionale. Per quanto concerne l'USEs e la neutralità, il rapporto assume quindi una chiara prospettiva di parte. Il suo obiettivo va cercato soprattutto nell'incoraggiamento e infine nell'imposizione della riduzione della prontezza alla difesa della Svizzera, iniziata con l'Esercito XXI e portata avanti fino a oggi. Il

rapporto appare in un momento nel quale l'Europa è confrontata con flussi di profughi e atti terroristici in un'entità finora ignota. Di conseguenza, già allo stadio di progetto risulta superato sotto molteplici aspetti. Il Consiglio federale vuole manifestamente tranquillizzare il Popolo, ma sembra sottovalutare la vera dimensione dei nuovi sviluppi, ciò che emerge ad esempio dal fatto che non viene istituito alcuno stato maggiore di crisi per affrontare la prevedibile evoluzione della questione dei rifugiati. Basti ricordare le dichiarazioni fatte a suo tempo in relazione al segreto bancario e l'immediatamente successiva irruzione della politica e del mondo finanziario di fronte alle massicce minacce provenienti dall'estero o il non ponderato rivoluzionamento della politica energetica dopo la catastrofe di Fukushima. Le indicazioni del nuovo Rapporto sulla politica di sicurezza, secondo le quali quasi tutto è in qualche modo «sotto controllo», nella situazione attuale non riescono necessariamente a essere convincenti.

Gli obiettivi del Consiglio federale per il 2016

Con decisione del 4 novembre 2015 il Consiglio federale ha approvato i suoi obiettivi per il 2016. L'elencazione evidenzia in quale incredibile misura sia ritornata in auge la smania di regolamentazione. La tendenza alla centralizzazione e alla regolamentazione in tutti i settori della vita diventa ogni anno più marcata e chi vuole ancora parlare di un ordinamento economico liberale e di un'organizzazione liberale della nostra società deve forzare la

propria natura. Il Consiglio federale si pone complessivamente 16 obiettivi, suddivisi nei tre ambiti seguenti:

- «La Svizzera assicura durevolmente la sua prosperità»
- «La Svizzera promuove la coesione nazionale e contribuisce a rafforzare la collaborazione internazionale»
- «La Svizzera si adopera per la sicurezza e agisce come partner affidabile nel contesto mondiale»

Per il dibattito in materia di politica di sicurezza è rilevante soprattutto il terzo ambito. Il quarto dei 16 obiettivi è formulato come segue: «La Svizzera rinnova e sviluppa le proprie relazioni politiche ed economiche con l'UE». A pagina 25 del documento si può leggere che il Consiglio federale intende rafforzare tali relazioni, tra l'altro, mediante una «decisione sull'avvio di negoziati in vista di un accordo quadro sulla partecipazione della Svizzera a operazioni nell'ambito della politica di sicurezza e di difesa comune (PSDC) [dell'UE], red.».

Quo vadis Svizzera?

1. Riferimento all'UE

Da qualche tempo si sente parlare di un accordo quadro con l'UE, definito dal Consiglio federale un trattato istituzionale per l'ulteriore sviluppo della via bilaterale. Nel RAPOL-SIC 2016 si indica che da tempo si sta considerando un accordo quadro per la cooperazione in materia di difesa. Ne risulta innanzitutto una considerevole confusione in relazione ai diversi accordi a cui si mira, ma, soprattutto, sta emergendo che nell'ambito della politica di sicurezza si intendono percorrere nuove vie incompatibili con la politica di neutralità. Il commento all'obiettivo 15 rende ciò assolutamente chiaro: «Nel 2016 il Consiglio federale deciderà riguardo all'apertura dei negoziati con l'UE su un accordo quadro per la partecipazione della Svizzera a operazioni di prevenzione dei conflitti, di gestione delle crisi e di mantenimento della pace nel quadro della politica di sicurezza e di difesa comune (PSDC) dell'UE. Un tale accordo servirebbe a definire le modalità per tutte le partecipazioni future della Svizzera alle missioni civili e alle operazioni militari dell'UE. Consentirebbe inoltre di semplificare e accelerare a livello amministrativo la partecipazione della Svizzera alle missioni PSDC.» Manifestamente non si mira dunque soltanto a una collaborazione militare contraria alla neutralità; si intende addirittura sottrarla al controllo delle autorità politiche e lasciare il potere decisionale all'amministrazione.

2. Attività nel quadro dell'OSCE
La Svizzera ha presieduto l'OSCE a due riprese. Questo è certamente il motivo principale dell'entusiasmo espresso in tutte le pubblicazioni ufficiali per questa organizzazione. In effetti, rispetto all'UE e alla NATO ha il vantaggio di essere un'organizzazione a livello europeo senza il carattere di un'alleanza. La

sua importanza non deve essere disprezzata, ma finora le sue prestazioni nel campo del mantenimento e del rafforzamento della pace sono state modeste. È certamente opportuno che la Svizzera partecipi attivamente all'OSCE. Tuttavia tale partecipazione non contribuisce granché alla salvaguardia concreta della sicurezza del nostro Paese. Sotto l'obiettivo 16 («La Svizzera si impegna attivamente a favore della stabilità internazionale») si può tra l'altro leggere: «Il Consiglio federale partecipa alla definizione della politica europea di sicurezza, in particolare nell'ambito dell'OSCE e in stretta collaborazione con gli Stati limitrofi di lingua tedesca.» Questa intenzione è menzionata in relazione alla presidenza OSCE di Germania e Austria, ma è confermata in forma generale tra gli obiettivi.

3. Collaborazione con la NATO

Mentre nel RAPOL-SIC 2016 si parla di una collaborazione con la NATO in particolare nel quadro del Partenariato per la pace (PPP), negli obiettivi del Consiglio federale non si trova nulla di specifico al riguardo. Il PPP è praticato da un ventennio e rimane estremamente discutibile sotto il profilo del diritto della neutralità e addirittura insostenibile sotto il profilo della politica di neutralità. Si è tuttavia limitato a attività scarsamente spettacolari e perciò finora non ha praticamente causato fastidi a livello di politica di sicurezza. Nel caso di un confronto tra la NATO e la Russia o di un'uscita della Turchia dalla NATO, la situazione potrebbe diventare sostanzialmente più delicata e richiedere una verifica delle nostre relazioni con la NATO.

Conclusioni

Verso quale meta vuole dunque dirigere la rotta il Consiglio federale? Il suo obiettivo 15 per l'anno in corso, come detto, è insostenibile sotto il profilo della politica di neutralità. Poiché il Consiglio federale mira a una stretta collaborazione con un'organizzazione che ha il carattere di alleanza – e l'UE ha tale carattere –, questo obiettivo non è certamente compatibile con il diritto della neutralità. Lo stesso dicasi della cooperazione con la NATO, che attualmente rimane la sola alleanza militarmente efficiente, ma che tuttavia dipende dalla partecipazione determinante degli USA. E che cosa può voler dire l'enfasi posta sulla collaborazione in seno all'OSCE con i Paesi limitrofi di lingua tedesca? Che di tanto in tanto si discuta con qualche vicino è senz'altro accettabile, ma che in maniera esplicita e sistematica (e apparentemente oltre il periodo della presidenza tedesca e austriaca) con tali Paesi si intenda collaborare in maniera più significativa rispetto agli altri Paesi limitrofi e a tutti gli altri Stati membri dell'OSCE, non è saggio e non è nemmeno sensato sotto il profilo della politica di neutralità. Sul fronte interno, per quanto riguarda l'obbligo di prestare servizio mili-

tare si sta delineando il pericolo di uno sconvolgimento: dopo che il Sovrano ha massicciamente rifiutato, il 22 settembre 2013, l'iniziativa per l'abolizione del servizio militare obbligatorio, nel 2016 il Consiglio federale «tratterà il rapporto del Gruppo di studio sul sistema dell'obbligo di prestare servizio». In questo contesto «sarà esaminato anche il modello dell'obbligo generale di prestare servizio». Ciò non può significare altro se non che il Consiglio federale ha l'intenzione di portare avanti l'abolizione dell'obbligo generale di prestare servizio militare, eludendo la volontà del Sovrano.

Nessuna comprensione per la politica di sicurezza del Consiglio federale

Gli obiettivi in materia di politica di sicurezza del Consiglio federale potrebbero godere di scarsa comprensione presso le cittadine e i cittadini attaccati ai valori tradizionali della Svizzera. Da un ventennio, con ogni riforma si indebolisce la prontezza alla difesa del nostro Paese. Al riguardo, un punto finale, almeno temporaneamente, sarà posto dall'approvazione dell'USEs nella primavera 2016. L'esercito che ne risulterà non rappresenterà, in caso effettivo, un minimo sufficiente. Se l'USEs sarà «realizzato» allo stesso modo di l'Esercito XXI, presto la Svizzera rimarrà indifesa e non applicherà più il principio della neutralità armata. Le fantasie sulla sicurezza attraverso la cooperazione internazionale non saranno di grande aiuto. Quale Stato o organizzazione sarebbero disposti ad assistere una Svizzera che, malgrado una situazione di benessere unica, non è pronta a investire una quota adeguata delle spese statali per la propria sicurezza?

Qualora il Sovrano, dopo una discussione aperta e approfondita (ciò che finora, malgrado numerosi dibattiti sulla politica nei confronti dell'Europa e sulla politica di sicurezza, non è mai avvenuto in maniera sistematica), un giorno dovesse decidere a favore di una nuova via della Svizzera per quanto riguarda la definizione delle relazioni internazionali, allora tale decisione dovrà essere rispettata e applicata. Non è per contro ammissibile, ricorrendo a una politica dei piccoli passi poco trasparente, manipolare e porre il Sovrano dinanzi a fatti compiuti che contraddicono in maniera fondamentale la volontà popolare.

Carlo S. F. Jagmetti, Dr. iur. e avvocato, è tenente colonnello SMG a riposo. Ha prestato servizio nella fanteria di montagna, negli stati maggiori della Div mont 9 e del CA mont 3.

Nel 1962 è entrato nel servizio diplomatico. È stato capo della Delegazione svizzera presso AELS e GATT a Ginevra (1973–1980), capo della Missione svizzera presso la Comunità europea a Bruxelles (1982–1987) e ambasciatore in Corea del Sud (1980–1982), Francia (1987–1993) e USA (1993–1997).

Schluss des Artikels: Wohin steuert die schweizerische Sicherheitspolitik 2016?

Wenn die WEA so «umgesetzt» werden sollte wie die Armee XXI, so wird die Schweiz bald wehrlos dastehen und auch dem Gebot der bewaffneten Neutralität nicht mehr nachleben. Phantasien über Sicherheit durch internationale Zusammenarbeit werden nicht weiter helfen. Welcher ausländische Staat oder welche Organisation sollten sich bereithalten, einer Schweiz beizustehen, die trotz einzigartigem Wohlstand nicht bereit ist, einen angemessenen Teil der Staatsausgaben für die eigene Sicherheit aufzubringen?



Foto Carlo Jagmetti

Sollte sich der Souverän nach offener und eingehender Diskussion (wie sie bis heute trotz zahlreicher Auseinandersetzungen mit der Europa- und der Sicherheitspolitik nie systematisch betrieben worden ist) eines Tages für einen neuen Weg der Schweiz hinsichtlich der Gestaltung der internationalen Beziehungen entscheiden, so wird dies zu respektieren und umzusetzen sein. Es geht aber nicht an, mit wenig durchsichtiger Salamtaktik den Souverän zu manipulieren und faits accomplis zu schaffen, die dem Volkswillen fundamental widersprechen.

Carlo S. F. Jagmetti, Dr. iur. und Rechtsanwalt ist Oberstlt i Gst a D. Er leistete Militärdienst in der Gebirgsinfanterie sowie in den Stäben Geb Div 9 und Geb AK 3. 1962 trat er in den diplomatischen Dienst ein. Dort war er unter anderem als Leiter der Schweizer Delegation bei EFTA und GATT in Genf (1973–1980), als Chef der schweizerischen Mission bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel (1982–1987) sowie als Botschafter in Südkorea (1980–1982), Frankreich (1987–1993) und zuletzt in den Vereinigten Staaten (1993–1997) tätig.

Mais où mène la Politique de sécurité suisse 2016?

Carlo Jagmetti

Le projet du Rapport sur la politique de sécurité 2016 est de par sa structure d'une lisibilité toute relative. Ce Rapport est aujourd'hui, de plus et sur de nombreux points, déjà rattrapé par le temps et l'évolution de la situation. Les conséquences qui en sont tirées sont en partie inacceptables en regard de notre politique de neutralité. Le Rapport se lit comme une sorte de plaidoyer en faveur du projet de réforme Développement de l'Armée, une réforme qui concrétise un nouvel, fort et inadmissible affaiblissement de la sécurité de notre pays (rédaction).

Le projet récemment déposé de Rapport sur la politique de sécurité 2016 (RAPOLSEC 2016) est une appréciation fondée et assez complète de la situation en matière de sécurité au plan international et suisse au début de l'année 2015. Il présente certaines données de la situation stratégique et évoque les instruments propres à faire face aux menaces et dangers de ce temps, enfin, il passe en revue le développement du Réseau national de sécurité (RNS) en Suisse. Hélas, du fait de la systématique choisie, le Rapport contient un nombre incalculable de répétitions car trop de thèmes sont à chaque fois repris en fonction des rôles propres aux institutions concernées (politique étrangère, Armée, protection de la population, etc.). Le Rapport en ressort trop long, pas franchement facile à lire et donc assez rébarbatif pour tous les cercles concernés (responsables politiques, partis, groupements intéressés, autres publics cibles).

Le DEVA: potion magique de la politique de sécurité?

Le RAPOLSEC répète à l'envi que seul le DEVA apporte la solution adéquate et porteuse d'avenir. On y fait maintes fois référence à l'importance de la neutralité tout en prétendant la parfaite compatibilité de cette maxime avec toutes les solutions avancées, y compris et en particulier la so-disant Sécurité par la coopération internationale. Le Rapport apparaît comme un véritable parti pris («partisan view») en regard du Développement de l'Armée (DEVA) et de la neutralité. L'objectif du projet est ainsi parfaitement en phase avec la volonté nettement délibérée dès l'Armée XXI, et affirmée continuellement jusqu'à ce jour, d'affaiblir l'aptitude à la défense de la Suisse. Le Rapport est publié au moment même où l'Europe est confrontée à des vagues d'immigration et des actes terroristes d'une amplitude encore jamais connue. Il est de ce fait déjà à l'état de projet dépassé et caduque sur bien des points. Le Conseil fédéral veut manifestement calmer le bon peuple sans pour autant prendre en compte la vraie dimension des nouveaux développements en cours, par exemple en se refusant à mettre sur pied un état-major de crise pour traiter de la question des réfugiés. On garde en mémoire les prétendues fermes déclarations faites à l'époque au sujet du secret bancaire pour aboutir finalement à un retournement de veste de la politique et du monde financier sous les menaces massives de l'étranger ou, plus près de nous, le changement brutal de la politique énergétique suite à la catastrophe de Fukushima. Les affirmations du nouveau RAPOLSEC selon lesquelles on aurait pratiquement «tout sous contrôle» ne suffit vraiment pas à nous convaincre.

Les lignes directrices du Conseil fédéral en 2016

Par un arrêté du 4 novembre 2015, le Conseil fédéral a précisé ses lignes

directrices et ses objectifs pour 2016. L'énumération démontre et souligne la forte volonté de tout réorganiser, ordonner et centraliser. Cette attitude très «tendance» porte sur tous les aspects de la vie en communauté et est chaque année toujours plus prononcée. Malheur à celui qui, dans ce maelström, oserait encore parler d'un ordre économique libéral ou d'une société fondée sur le principe de liberté.

Le Conseil fédéral a défini trois lignes directrices et les a concrétisées sous la forme de seize objectifs particuliers:

- «La Suisse assure durablement sa prospérité»
- «La Suisse soutient la cohésion nationale et œuvre au renforcement de la coopération internationale»
- «La Suisse pourvoit à la sécurité et agit en partenaire international fiable»

Le troisième énoncé est celui qui touche au plus près le débat autour de la politique de sécurité. Le quatrième des 16 objectifs précise: (traduction) «La Suisse renouvelle et développe ses relations politiques et économiques avec l'Union Européenne.» On y lit (voir page 23), que le Conseil fédéral veut renforcer ces relations, entre autre par (traduction): «une décision de fond dans le cadre des négociations avec l'Union Européenne conduisant à un accord cadre sur la participation de la Suisse à des opérations dans le cadre de la Politique de sécurité et de défense commune de l'Union Européenne (PSDC).»

Quo Vadis Helvetia?

1. Adossement de la Suisse à l'Union Européenne

On parle depuis quelque temps d'un éventuel traité cadre avec l'Union Européenne et le Conseil fédéral évoque lui-même la possibilité d'un accord institutionnel garantissant le développement des accords bilatéraux. Le RAPOLSEC 2016 parle lui d'un accord cadre sur la coopération en matière de défense qui serait en pourparler depuis peu. Ces façons de procéder entraînent une grande confusion des termes en regard des accords et autres conventions prévus ou en discussion. Ces imprécisions dans les termes utilisés prouvent surtout qu'en matière de politique de sécurité, de nouvelles orientations et de nouveaux chemins devraient être définis, toutes et tous parfaitement irrespectueux de notre politique de neutralité. L'énoncé de l'objectif 15 du RAPOLSEC 2016 ne laisse aucun doute à ce sujet: (traduction) «...le rapport cadre sur la participation de la Suisse à des opérations de prévention des conflits, de management de crises et de maintien de la paix dans le cadre de la Politique de sécurité et de défense commune (PSDC) de l'Union Européenne. Les modalités permettant une future participation de la Suisse à des missions civiles et des opérations militaires de l'Union Européenne seraient précisées dans un tel rapport cadre. La participation de la Suisse à des missions sous

l'égide de la PSDC seraient alors sans autre facilitées sur le plan administratif.» On cherche manifestement, non seulement à promouvoir une collaboration militaire contraire à notre principe de neutralité, mais, plus grave encore, la décision elle-même échapperait à l'autorité politique pour devenir du seul ressort de l'administration.

2. Agir dans le cadre de l'OSCE

Par deux fois la Suisse a assumé la présidence de l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe (OSCE). C'est sans doute la raison principale pour laquelle nos publications officielles sont pleines d'enthousiasme pour cette organisation. Il faut objectivement souligner qu'elle a l'avantage d'être, contrairement à l'Union Européenne et à l'OTAN, une organisation paneuropéenne sans aucun caractère d'alliance. Il serait certainement faux de surévaluer son importance mais force est de constater qu'évidents ont été ses efforts pour la promotion de la paix et ses prestations. Il est de ce fait nécessaire que la Suisse continue à être active dans le cadre de l'OSCE, même s'il faut bien avouer que cette participation n'a concrètement qu'un effet bien limité sur la propre sécurité de notre pays, L'objectif numéro 16 du RAPOLSEC 2016 stipule que (traduction): «La Suisse s'engage activement en faveur de la stabilité internationale», et plus loin: «Le Conseil fédéral participe à l'édification de la sécurité européenne, en particulier dans le cadre de l'OSCE et en étroite collaboration avec nos voisins de langue allemande.» Cette intention doit être comprise en regard de la présidence de l'OSCE exercée successivement par l'Allemagne puis l'Autriche. Elle se confirme toutefois globalement au niveau des objectifs.

3. Collaboration avec l'OTAN

Alors que le RAPOLSEC 2016 évoque un renforcement de la collaboration avec l'OTAN, en particulier dans le cadre du Partenariat pour la Paix, aucune retombée de cette volonté n'apparaît au niveau des objectifs spécifiques. Le Partenariat pour la Paix est en place depuis bientôt vingt ans et demeure une affaire bien délicate au niveau du droit de la neutralité et de fait parfaitement inacceptable en matière de neutralité politique. Le RAPOLSEC et les objectifs qui s'en suivent se sont limités à des affirmations si peu spectaculaires qu'ils n'ont pas engendré jusqu'à ce jour de sévères réactions politiques. Et pourtant, il suffit d'une confrontation entre l'OTAN et la Russie ou, par exemple, du retrait de la Turquie de l'OTAN, pour que la nouvelle situation engendrée devienne bien plus délicate et entraîne une révision de nos rapports avec l'OTAN.

Réflexions finales

Mais où le Conseil fédéral veut-il donc nous mener? L'objectif numéro 15 du RAPOLSEC 2016 est, nous le répétons, tout simplement inacceptable par rapport à notre politique de neutralité. Comme le Conseil fédéral veut développer une collaboration étroite avec un Pacte – et l'Union

Européenne en est bien un – cet objectif est également incompatible avec le respect du droit de la neutralité. La même réflexion est valable pour la coopération avec l'OTAN, qui est, jusqu'à nouvel avis, l'unique organisation crédible en matière de sécurité mais pratiquement entièrement dépendante de la participation des Etats-Unis.

Et à quoi sert-il d'insister sur le degré de collaboration entre pays voisins de langue allemande dans le cadre de l'OSCE? Que l'on s'entretienne de temps à autre avec des pays voisins est parfaitement acceptable, par contre, que la collaboration se déroule systématiquement et explicitement avec les seuls voisins de langue allemande (bien au-delà des temps de présidence allemand puis autrichien) et beaucoup moins avec d'autres pays tout aussi voisins, ou d'autres membres de l'OSCE, est signe d'un manque de sagesse de plus un non sens par rapport à notre politique de neutralité. Sur le front intérieur une manipulation se dessine pour contrer l'obligation de servir: Après que le souverain, par son vote du 22 septembre 2013, ait très massivement refusé l'initiative sur la suppression de l'obligation de servir le Conseil fédéral ne trouve pas mieux que (citation): «étudier le Rapport du groupe de travail sur le système de l'obligation de servir». Il s'agit concrètement de revisiter le bien-fondé du modèle de «l'obligation générale de servir». Cela ne signifie rien d'autre que la volonté du Conseil fédéral est bien de privilégier la suppression du service militaire obligatoire tout en bafouant au passage la volonté populaire.

Aucune compréhension pour la Politique de sécurité du Conseil fédéral

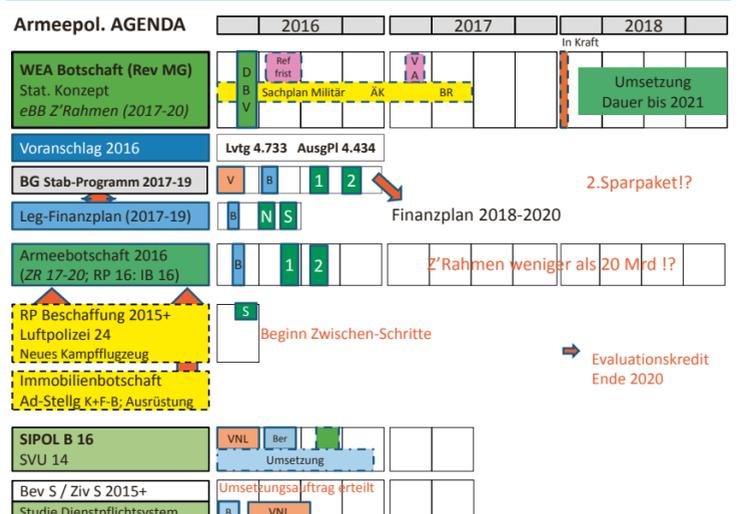
Les objectifs en matière de politique de sécurité du Conseil fédéral ne peuvent satisfaire les citoyennes et les citoyens attachés aux valeurs traditionnelles de la Suisse. L'aptitude à la défense de notre pays a été constamment affaiblie au rythme de réformes successives depuis vingt ans. Le point final du processus sera sans doute atteint avec l'acceptation de la réforme DEVA début 2016. L'armée ainsi mal fagotée ne sera plus en mesure de fournir le strict minimum. Si la réforme est mise en

application comme l'a été celle d'Armée XXI, la Suisse se retrouvera très rapidement sans défense et bien incapable d'être fidèle au principe de la neutralité armée. L'illusion fantaisiste d'une sécurité par la coopération apparaîtra alors dans toute sa vérité. Quel Etat étranger ou quelle organisation défensive serait prêt à venir en aide à une Suisse qui, en dépit de sa prospérité, n'est pas capable d'assumer financièrement sa propre sécurité? Si un jour, le peuple souverain devait se décider, après un long débat ouvert, sérieux et objectif (tel qu'il n'a jamais eu lieu à ce jour malgré tant d'affrontements sporadiques et peu systématiques au sujet de la politique européenne ou de sécurité) – à prendre une nouvelle orientation sur le plan des relations internationales, ce choix devrait alors être respecté et appliqué. Par contre, la tactique éculée du salami consistant à manipuler le peuple souverain en le plaçant continuellement devant de nouveaux faits accomplis sans jamais tenir compte de la volonté populaire est parfaitement inadmissible.



Foto Carlo Jagmetti

Carlo S. F. Jagmetti, Dr en droit et avocat, Colonel EMG. Il a accompli son service militaire dans l'infanterie de montagne ainsi que dans les EM div mont 9 et CA mont 3. Entré au service du Corps diplomatique en 1962 où il a été entre autre chef de la Délégation suisse auprès de l'EFTA et du GATT à Genève (1973–1980), chef de la Mission suisse auprès de la Communauté européenne à Bruxelles (1982–1987) puis ambassadeur en Corée du Sud (1980–1982), en France (1987–1993) finalement ambassadeur aux Etats-Unis (1993–1997).



Agende de la politique militaire ©Paul Fäh

Guerre ou pas guerre? La confusion

Non, M. Hollande, la France n'est pas en guerre. Il n'y a pas eu sur son territoire une «agression armée», mais des attentats accomplis par des terroristes formés par l'Etat islamique; ce n'était pas «une opération militaire».

Il va de soi que la lutte contre le terrorisme doit s'intensifier et que tous les pays d'Europe, Suisse incluse, doivent être solidaires dans cette lutte, organisant la collaboration entre leurs services de renseignement, entre leurs polices, entre leurs contrôles à la frontière, payant donc tous de leur poche cette collaboration. En revanche, contrairement à ce qui était annoncé dans le Temps du 18 novembre dernier, sous le Titre «Opération militaire. L'Europe soutiendra la France», l'art. 42 du Traité de Lisbonne n'est pas applicable qui dispose (cité par Le Temps) qu'«au cas où un Etat membre serait l'objet d'une agression armée sur son territoire, les autres Etats lui doivent aide et assistance».

La France n'a pas été l'objet d'une «agression armée», si horribles et inadmissibles que soient les attentats de Paris. Mais la France a, il faut le dire, développé depuis des mois des actions militaires au Mali et au Sahel, et, depuis peu, dans l'Etat islamique, ce qui, par ces Etats, pourrait être considéré comme des «agressions armées». Ces actes français de guerre, même

au nom d'une lutte contre le terrorisme, ne sont pas justifiés par une agression armée de la France.

On ne peut pas qualifier de «guerre» ce que l'on veut, pour déclencher le soutien de ses soi-disants «amis européens». La guerre – si épouvantable qu'elle soit – obéit à des règles et notamment en ce qui concerne, par exemple, les Etats neutres, le traitement des prisonniers, des populations civiles, voire des hôpitaux et des monuments historiques, sans parler de l'entrée en vigueur de traités d'assistance entre Etats. On ne peut pas qualifier de guerre une lutte contre le terrorisme sans «fausser» les règles de la guerre. Au mieux peut-on parler de guérilla, mais le mot est trop «doux» quand il s'agit du terrorisme.

On dira peut-être que la guerre est possible entre des Etats et que l'Etat islamique existe, du moins selon son auto-proclamation. Mais cet Etat auto-proclamé n'a pour territoire que des pans volés à la Syrie et à l'Irak. Avant que de prétendre attaquer et peut-être détruire un territoire volé à ces deux Etats, au moins faudrait-il avoir été appelé à la rescousse militaire par les gouvernements de ces Etats et donc être

d'accord de parler à leur gouvernement «officiel», même s'il est très peu sympathique !

Les attentats terroristes de Paris n'étaient pas une opération militaire menée contre la France. François Hollande se trompe en parlant de guerre.

Le terrorisme religieux, celui des djihadistes, n'a ni vrai gouvernement, ni territoire, ni règle autre que la destruction physique totale de ce qu'il qualifie aujourd'hui «d'ennemi d'Allah». Le terrorisme religieux ne cherche même pas à conquérir un territoire pour agrandir son influence, il est suicidaire dans sa folie meurtrière et «purificatrice» et la croyance que c'est une condition pour gagner son ciel.

Chaque acte «militaire» de la France ne fera qu'exacerber contre elle la rage djihadiste, et si l'Europe se laisse entraîner «officiellement»,



Suzette Sandoz, Photo : HPM

l'horreur se multipliera. La lutte antiterroriste exige une tout autre tactique mais la grande question est de savoir si nous y sommes préparés tant moralement que techniquement. Au lieu de parler à tort de guerre et de faire croire qu'on peut la porter hors d'Europe, entraînons-nous à lutter contre le terrorisme. C'est urgent.

Suzette Sandoz, ancienne Conseillère nationale libérale vaudoise et professeur de droit à l'Université de Lausanne.

Article paru dans «Le Matin Dimanche» le 22 novembre 2015. Reproduction avec l'agrément de l'auteur.

Interviews mit ausgewählten Mitgliedern der sicherheitspolitischen Kommissionen

Im Schweizer Parlamentssystem kommt den vorbereitenden Kommissionen eine grosse Bedeutung zu. Hier werden Entscheide vorgespurt und tragfähige Kompromisse geschmiedet.

Im Dezember 2015 wurden die Kommissionen des Parlaments personell neu zusammengestellt. «Pro Militia» fragte bei einigen Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommissionen von National- und Ständerat nach, wie Sie zu aktuellen Fragestellungen stehen. Die Auswahl der Interviewpartner erfolgte nach dem Grundsatz, Mitglieder der vier Bundesratsparteien beiderlei Geschlechts aus allen drei Sprachregionen zu befragen.

«Pro Militia» befragte einige Mitglieder beider Sicherheitspolitischer Kommissionen zu aktuellen Themen. Aus Platzgründen publizieren wir hier nur einen Teil der Antworten. Die vollständigen Interviews finden sich auf unserer Website. Die Antworten aus der Suisse Romande publizieren wir in der nächsten Ausgabe. Red		Frage 1: Wie ist Ihre persönliche Haltung zur Revision des Militärgesetzes («WEA»)?	Frage 2: Glauben Sie, dass eine WEA-Armee die Sicherheit der Schweiz sicherstellen kann? (Antwort bitte mit kurzer Begründung)
		Domanda 1: Che cosa pensa personalmente della revisione della legge militare (progetto «Ulteriore Sviluppo dell'Esercito»)? 600–650 per risposta	Domanda 2: Lei pensa, che l'Esercito dopo questa riforma sia sufficiente per garantire la sicurezza della Svizzera?
Corina Eichenberger-Walther Nationalrätin (FDP, AG) Präsidentin SIK-N		Ich stehe hinter dieser Armeeerform, obwohl sie eine wesentliche Verkleinerung der Armee mit sich bringt. Die Revision bringt aber auch wesentliche Vorteile, so werden die Mobilisierung der Truppen und die Ausbildung verbessert sowie die Truppen wieder vollausgerüstet. Die Reduktion der Armee ist durch den Erwerb von moderneren Waffensystemen zu kompensieren. Zudem erachte ich die Einführung des vierjährigen Zahlungsrahmens, der in einem Finanzbeschluss festgelegt wird, als grossen Vorteil für die Armee, was Planung und Planungssicherheit anbelangt. Ich werde mich weiterhin für den jährlichen Kostenplafonds von CHF 5 Mia., d.h. CHF 20 Mia. für vier Jahre, und gegen Sparbeiträge der Armee an den Bundeshaushalt einsetzen	Ich bin der Auffassung, dass die Armee nach Umsetzung der Reform in besserem Zustand ist als heute. Sie wird mehr Mittel zur Verfügung; die Ausbildung der Kader wurde klar verbessert. Die Mobilisierung wird schneller möglich sein.
Chantal Galladé Nationalrätin (SP, ZH) Mitglied SIK-N (2012/2013) Präsidentin SIK-N		Die Revision des Militärgesetzes im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee geht in die richtige Richtung: eine kleinere, aber flexiblere, besser ausgerüstete und rascher verfügbare Armee, die eher in der Lage ist, auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu reagieren. Zwar hätte ich mir noch konsequentere Schritte in diese Richtung gewünscht, werde dem revidierten Militärgesetz aber zustimmen – und den Bundesbeschluss über eine illusionäre Finanzierung ablehnen.	Die Sicherheit der Schweiz hängt angesichts der modernen Herausforderungen nur zu kleinem Teil von der Armee ab. Es wäre eine Illusion zu meinen, dass sich die aktuellen und künftigen Sicherheitsrisiken der Schweiz mit Panzern und Kanonen von der Landesgrenze fernhalten lassen. Die Sicherheit der Schweiz hängt heute in erster Linie von der Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit ab. Da hat die Schweiz einen gewaltigen Nachholbedarf. Nachholbedarf gibt es in weiteren nicht-militärischen Bereichen wie Cyber, Terrorismus und Schutz kritischer Infrastrukturen.
Josef Dittli Ständerat (FDP, UR) Vizepräsident SIK-S		Das Projekt Weiterentwicklung der Armee (WEA) war notwendig und ist eine deutliche Verbesserung gegenüber der AXI und dem Entwicklungsschritt 08–11. Ein umfassender politischer Prozess kann nun hoffentlich erfolgreich abgeschlossen werden. Auch wenn nicht alles befriedigt, werden zwei Ziele grundsätzlich erreicht: Erstens werden die Erkenntnisse des Sicherheitspolitischen Berichts 2010 und des Armeeberichts 2010 in die Praxis umgesetzt und zweitens werden Unzulänglichkeiten der Armee XXI ausgemerzt. Auch wird die Finanzierung über Jahre hinaus im Grundsatz gesichert.	Dies ist eine Frage, wie viel Sicherheit und Leistung man haben will und wie viel man bereit ist, dafür zu bezahlen. Das Leistungsprofil zeigt auf, in welcher Zeit mit welchen Mitteln welche Leistungen wie lange erbracht werden können. Die möglichen Leistungen der Armee sind also begrenzt. Es ist zwar ein konkretes Leistungsprofil vorhanden, doch dieses stösst bei mehreren grösseren sicherheitspolitisch relevanten Ereignissen bald an seine Grenzen. Im Armeehauptauftrag Verteidigung ist die Fähigkeit des Kampfes der verbundenen Waffen meines Erachtens zu wenig ausgeprägt, zudem sind die Mittel der Luftwaffe für die Durchsetzung der Lufthoheit zu schwach.
Daniel Jositsch Ständerat (SP, ZH) Mitglied SIK-S		Ich habe die WEA in der parlamentarischen Beratung immer unterstützt.	Ich glaube, dass sie wesentlich zur Qualitätssicherung der Armee beiträgt. Ich bin insbesondere froh, wenn der dreiwöchige WK eine Mehrheit gefunden hat, da bloss zweiwöchige Einheiten zu kurz gewesen wären, um die Qualität aufrecht zu erhalten.
Marco Romano Consigliere nazionale (CVP, TI) Membro Commissione della politica di sicurezza CN		È un progetto importante per la funzionalità e la credibilità dell'Esercito. Negli ultimi decenni – con l'evolvere imprevedibile del contesto interno ma soprattutto internazionale – l'Esercito ha subito numerose (troppe?) riforme. Adesso occorre implementare quanto deciso in tempi rapidi, dando poi una certezza organizzativa e operativa sul medio periodo. Occorre adattarsi costantemente, ma serve stabilità per farlo. Il progetto approvato dal Parlamento è stato maturato e costruito all'interno dell'Esercito medesimo. Abbiamo a disposizione Forze armate più radicate nelle regioni, con una prontezza e una logistica regionalizzate. La milizia resta l'elemento cardine.	In ogni ambito bisogna ottenere il massimo con le risorse a disposizione. Oggi abbiamo un'organizzazione definita, missioni e competenze stabilite, così come un quadro finanziario entro il quale operare. La sicurezza è un elemento fondamentale per la Svizzera. In collaborazione con tutti i partner cantonali e federali occorre disporre di un sistema coordinato efficace ed efficiente. È inutile e pericoloso volere di più o sempre qualcosa di diverso, credo che il contesto internazionale costringa al pragmatismo. Con l'USEs si sono migliorati aspetti fondamentali nell'organizzazione e nella formazione. Ora servono investimenti in mezzi e equipaggiamento.
Werner Salzmann Nationalrat (SVP, BE), Vizepräsident SIK-N		Der im Nationalrat gefasste Beschluss ist ein Kompromiss, der m.E. die notwendigen Mittel und Personen nicht zur Verfügung stellt, die wir im Krisenfall benötigen.	Nein, das glaube ich persönlich nicht, da 100 000 AdA nicht reichen, um dem schlimmsten möglichen Fall gerecht zu werden. Sollte es in der Schweiz, was ich nicht hoffe, gleichzeitig zu mehreren Terroranschlägen kommen, sind die Polizeikräfte auf die Armeeunterstützung angewiesen. Die notwendigen Ressourcen im Fall Paris haben mehr als 70 000 Polizisten gebunden. In unserem Land haben wir rund 17 000 Polizisten. Wir wären mit 100 000 AdA nicht in der Lage, der Situation Herr zu werden.

Verfehlte Vorlage zur vermeintlichen Weiterentwicklung und tatsächlichen Halbierung der Armee: zurückstellen!

Geostrategisch und bedrohungsmässig überholte Änderungen der Rechtsgrundlagen schwächten den Schutz des Sicherheitsraumes Schweiz

Heinrich L. Wirz

Der Autor befasst sich seit 2008 sehr intensiv mit den bundesrätlichen Absichten, die Armee massiv zu schrumpfen. Er nahm bereits an den Anhörungen zum Sicherheitspolitischen Bericht 2010 teil und verfasste 2013 die Vernehmlassungsantwort von Pro Militia massgebend mit. Er wurde, zusammen mit Divisionär a D Paul Müller, als Vertreter von Pro Militia zur Revision der Militärgesetzgebung für die sogenannte Weiterentwicklung der Armee sowohl 2014 durch die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates als auch 2015 durch diejenige des Nationalrates angehört. Einige Wiederholungen aus dem Leitartikel in «Pro Militia» 2/2015 sind unvermeidlich (Red.)

Die Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee («WEA») gemäss Botschaft vom 3. September 2014 (14.069) ist eine schwer überblickbare, weil sehr verschachtelte Vorlage. Diese besteht insgesamt aus sechs Teilen als Entwürfe – von der Änderung von Militärgesetz (MG) und Armeorganisation (AO) bis zum neuen Zahlungsrahmen (siehe Kasten!). Wie ist der Stand der Vorlage vor der Frühjahrsession 2016?

Zunächst ist festzuhalten, dass die endgültigen Entscheide über die sogenannte WEA noch nicht gefallen sind. Diese Vorlage müsste als erste Voraussetzung am 18. März 2016 in beiden Räten die Schlussabstimmungen überstehen. Anschliessend folgten die Veröffentlichung im Bundesblatt und die Referendumsfrist. Innerhalb von 100 Tagen könnten nach Artikel 141 der Bundesverfassung 50 000 Stimmberechtigte oder acht Kantone eine Volksabstimmung über das geänderte MG verlangen.

Restliche Differenzen?

Bei der AO (heute SR 513.1), in der Bestände und Gliederung der Armee festgelegt sind, bestehen zwischen den beiden Kammern keine Differenzen mehr. Beim MG (SR 510.10) wird der Ständerat (SR) voraussichtlich seiner Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) folgen und von fünf auf sechs dreiwöchige Wiederholungskurse (WK) der Mannschaft einschwenken. Bei der im geänderten MG vorgesehenen Dauer von 18 anstatt 21 Wochen Rekrutenschule (RS) wäre dies für

Soldaten und Gefreite immer noch ein WK weniger als heute.

Der Nationalrat (NR) hiess in der Wintersession 2015 den Entwurf eines Bundesbeschlusses gut, wonach in den Jahren 2017–2020 für die Armee ein Zahlungsrahmen von 20 Milliarden Franken bewilligt würde (siehe Kasten!). Die SiK-SR schloss sich mehrheitlich dem NR an, um die Finanzierung der Armee langfristig zu gewährleisten und um Planungssicherheit zu schaffen. Der SR wird darüber in der Frühjahrsession 2016 entscheiden.

Zur Verbindlichkeit derartiger Beschlüsse erinnere man sich jedoch an den Planungsbeschluss des Parlamentes vom 29. September 2011 für einen Sollbestand von 100 000 Angehörigen der Armee und für einen Ausgabenplafond von jährlich 5 Milliarden Franken für die Armee ab dem Jahr 2014 – reines Wunschdenken!

Genügt Sollbestand?

Gemäss «WEA» würde der Bestand in der geltenden AO von «höchstens 220 000 Militärdienstpflichtigen» neu auf einen Sollbestand von 100 000 Angehörige der Armee (AdA) sinken, entsprechend einem «Effektivbestand» (richtig wäre: Sollbedarf) von 140 000 AdA. Abgesehen von der persönlichen Ausrüstung wäre aber das militärische Material höchstens für den Sollbestand vorhanden und nicht für den «Effektivbestand».

Aufgelöst würden die heutige Reserve von gemäss AO «höchstens

80 000 Personen», die Stäbe aller sechs (Gebirgs-) Infanteriebrigaden (4 aktive, 2 Reserve) sowie rund 70 Bataillone und Abteilungen (zirka 20 aktive und 50 Reserve). Die verbleibenden 17 Infanteriebataillone würden auf die vier neu zu schaffenden Territorialdivisionen – heute Territorialregionen – aufgeteilt. Bei einer Einsatzdauer von netto zwei von drei Wochen WK bräuchte es aber 26 Infanteriebataillone, um schon nur ein Bataillon während der 52 Wochen pro Jahr im Einsatz zu halten, zum Beispiel für den Objekt- und/oder den Grenzschutz.

Inakzeptables Missverhältnis!

Die bestehenden zwei Panzerbrigaden würden in Mechanisierte Brigaden umgewandelt und deren Zahl auf drei erhöht. Dieser dritte Grosse Verband hiesse nur dem Namen nach Mechanisierte Brigade. Er bestünde bloss aus einem Stab und bereits bestehenden Bataillonen/Abteilungen der Heeresreserve (Aufklärung, Artillerie, Genie), aber gar nicht aus zusätzlichen Kampftruppen und -fahrzeugen.

Umgerechnet auf die Bevölkerung der Schweiz von 6,7 Millionen kamen 1990 auf 100 Einwohner 12 AdA. Mit der «WEA»-Armee säne diese Zahl 2018 bei 8,5 Millionen auf einen Zehntel, also auf ein Missverhältnis von noch 1,2 AdA pro 100 Einwohner. Damit säne nicht nur die Sicherheit der Schweiz dramatisch, sondern es nähme auch die Verankerung der Armee in der Bevölkerung weiter ab.

Armeorganisation

In der AO würde die bestehende Führungsorganisation («Kopfstruktur») mit einem Chef der Armee beibehalten. Einerseits sollen die Führungsunterstützungsbasis und die Logistikbasis der Armee in

einem übergeordneten Unterstützungskommando mit einem weiteren Korpskommandanten zusammengefasst werden. Andererseits verlöre die Luftwaffe noch mehr ihrer eigenen Teile (Ausbildung Fliegerabwehr), wäre dem neu vorgesehenen Kommando Operationen unterstellt und würde damit hierarchisch herabgestuft und organisatorisch geschwächt.

Blick auf Armee XXI

Die im Wesentlichen gescheiterte Armeereform XXI gründete auf dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 «Sicherheit durch Kooperation» und auf den diesem Papier zu Grunde liegenden internationalistischen Irrlehren. Deren Anhänger redeten die Bedrohung weg und wollten sowohl die Milizarmee als auch die Wehrpflicht und insbesondere die bewaffnete Neutralität abschaffen.

Der radikale Raubbau an den vorhandenen Mitteln und eine Ausrichtung auf die NATO beschädigten die Milizarmee massiv. Zu den Fehlentwicklungen zählten eine zentralistische Führungsorganisation mit einem Chef der Armee als unschweizerischem «Friedensgeneral», eine Truppenorganisation ohne (kantonale) Regimenter, ein fehlgestalteter Ablauf von Grund- und Kaderausbildung und der Wegfall der Mobilmachung und der Alarmformationen zum Schutz der Bundesstadt Bern sowie der Flughäfen Genf und Zürich.

Neuer Planungsschrott?

Bereits im Vorfeld der Armee XXI bekämpften sachkundige Miliz-offiziere das fehlgeleitete Projekt. Ihnen wurde amtlich verordnet, sie hätten die Entscheide des VBS zur Kenntnis zu nehmen und ohnehin nichts zu sagen. Divisionär Hans Bachofner, Jurist und Stratege (1931–2012) unterstützte schon 2000 den Widerstand gegen dieses militärbürokratisch aufbereitete Eintopfgericht. «Das VBS ist auf dem Holzweg, wenn es hinter geschlossenen Türen selbst-definierte Eliten vertraulich in seine Pläne für Krieg und Frieden einweicht, um dann später einmal mit einem fait accompli vor das Volk zu treten.»

Im VBS wurden die Lehren aus der Fehlplanung weder aus der Reform XXI noch aus dem verschlimmernden «Entwicklungsschritt 2008/2011» gezogen – in Wirklichkeit ein weiterer Abbauschritt der Armee. Seit 2010 wird erneut versucht, unter dem trügerischen Titel «Weiterentwicklung der Armee» die Politik und die Öffentlichkeit mit allen Mitteln der Spindoktoren-Staatspropaganda einseitig zu beeinflussen, ja zu indoktrinieren. Es gebe nur eine einzige richtige Gesamtlösung – die «WEA». Zum dritten Mal werden nun sorgfältig erdachte Alternativen und begründete Kritikpunkte zur Armeepaltung unter den Tisch gewischt, ohne sich mit diesen seriös auseinanderzusetzen.

Korrekturen und Finanzen

Erstens sei vorausgeschickt, dass die Korrekturen zumindest eines Teils der seit Jahren bekannten Fehler der Armee XXI unbestritten sind: Ausbildung (Kader, Dauer RS), Ausrüstung (Vollständigkeit) und Bereitschaft (Mobilmachung). Dazu bedarf es jedoch keiner zeitraubenden Änderung der Rechtsgrundlagen, weder des MG noch der AO. Der politischen und militärischen Führung von VBS und Armee bleibt der Vorwurf nicht erspart, diese Rückverbesserungen grobfahrlässig verzögert, aber alles auf die vermeintliche Trumpfkarte «WEA» gesetzt und das Personal darauf verpflichtet zu haben.

Zweitens haben auch die armeebefürwortenden Gegner der «WEA» zwecks Planungssicherheit nichts gegen einen mittelfristigen Finanzrahmen der Armee einzuwenden. Dieser soll in einem besonderen Bundesbeschluss festgelegt werden, getrennt von den Änderungen von MG und AO (siehe Kasten, Entwurf 6!). Jedoch sei vor der Illusion gewarnt, bei der sich abzeichnenden Finanzlage des Bundes wären diese finanziellen Planzahlen fest in Stein gemeisselt.

Kein Wunschdenken!

Drittens hüte man sich dringend vor den irrigen Vorstellungen, man könne jetzt – trotz einiger Bedenken – der Vorlage «WEA» zustimmen, obschon sie nicht befriedige. 100 000 Angehörige der Armee genügen in keinem Falle für die Verteidigung des Landes. Es ist völlig sinnlos und bar jeglicher Verantwortung, ja ein Angriff auf die Sicherheit der Schweiz, bei zunehmend steigender Bedrohung die Armee zuerst bestandsmässig zu halbieren und nachher wieder aufbauen zu wollen. Derart bruske Richtungswechsel zerstören eine Milizarmee.

Fazit: Die erwähnten Verbesserungen sind ohne weiteren Zeitverzug voranzutreiben, die rechtlichen Änderungen sind auszusetzen, und es dürfen keine Präjudizien zur Halbierung der Armee geschaffen werden. Der Sicherheitspolitische Bericht 2016 ist gründlich zu überarbeiten und für die Armee mit konkreten Folgerungen aus der Bedrohungslage zu ergänzen. Zudem muss der Bericht der Arbeitsgruppe «Dienstpflichtsystem» vorliegen. Die Verhinderung der gesetzwidrigen Militärdienstverweigerung und damit des Missbrauchs des Zivildienstes muss politisch konkretisiert werden mit dem Ziel, die Wehrgerechtigkeit wieder herzustellen.

Heinrich L. Wirz, Oberst a D mit letzter Einteilung Armeestabteil Operative Schulung, ist Militärpublizist SFJ/BR, Verfasser militärpolitisch/historischer Publikationen und ex Chefredaktor «Pro Militia».

Teil/Entwurf 1

Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) – Änderung vom ...
Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.
Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.
Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Teil/Entwurf 2

Verordnung der Bundesversammlung über die Verwaltung der Armee (VBVA) – Änderung vom ...
Inkrafttreten gleichzeitig mit Änderung MG.

Teil/Entwurf 3

Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG) – Änderung vom ...
Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.
Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Teil/Entwurf 4

Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (Armeorganisation, AO) – Aufhebung vom ...
Aufhebung gleichzeitig mit Inkrafttreten der Änderung MG.

Teil/Entwurf 5

Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (Armeorganisation, AO) – vom Inkrafttreten gleichzeitig mit Änderung MG

Teil/Entwurf 6

Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020 vom ...
Zur Deckung des Finanzbedarfs der Armee in den Jahren 2017–2020 wird ein Zahlungsrahmen von 20 Milliarden Franken bewilligt.
Das VBS kann während der Budgetierung Umschichtungen zwischen den eigenen Krediten vornehmen.
Dieser Beschluss untersteht nicht dem Referendum.

«So fühlt man Absicht und man ist verstimmt.»

Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), in: Torquato Tasso.

2016 wird der Bundesrat einen Grundsatzentscheid treffen über Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen zur Teilnahme der Schweiz an Operationen zur Konfliktverhütung, zum Krisenmanagement und zur Friedenserhaltung im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. In einem solchen Rahmenabkommen würden die Modalitäten für eine künftige Teilnahme der Schweiz an zivilen Missionen und militärischen Operationen der EU geregelt. Damit könnte die Teilnahme der Schweiz an Missionen der GSVP auf administrativer Ebene vereinfacht und beschleunigt werden.

Quelle: **Ziele des Bundesrates 2016, Band 1** (Seite 45).

Pro Militia : Sezione della Svizzera italiana SSI

SSI – verbale dell' Assemblea generale ordinaria 2015

Il Luogo: Ristorante Vetta S. Salvatore – Lugano/Paradiso
Data: sabato, 11 aprile 2015
Durata: 10.15 – 11.30
Presenti: 50
Ospiti: 1
Scusati: div Simon Kùchler pres. centrale PM, on. Norman Gobbi consigliere di stato, ten col Fabio Conti sez. mil e Pci, col Claudio Knecht pres. CULO-carno, ten col SMG Andreas Gianola pres. CUdLugano, col Marco Lucchini pres. STU, don Aldo Aliverti cappellano militare. 22 i soci che si sono scusati per non poter partecipare all'assemblea.

1. Saluto del presidente

Il presidente Angelo Polli, porge un caloroso saluto di benvenuto ai soci presenti, in particolare al magg Samuele Quattropiani vice presidente del Circolo ufficiali di Lugano, e scusa gli ospiti. Invita tutti ad alzarsi per un momento di raccoglimento in memoria dei membri defunti e per l'ascolto del Salmo Svizzero.

2. Nomina di 2 scrutatori

Sono nominati Franco Crivelli e Erwin Kurzo.

3. Approvazione del verbale dell'assemblea generale ordinaria 2014

Il verbale dell'assemblea generale ordinaria tenutasi il 17 maggio 2014 allo stand di tiro Li Gleri di Poschiavo è stato pubblicato sulla rivista «Pro Militia» no. 1/2015, viene dunque dato per letto ed è approvato all'unanimità con un applauso.

4. Relazione del presidente

Il Presidente passa in rassegna le attività svolte:

- l'assemblea generale ordinaria del 17 maggio a Poschiavo con la partecipazione di numerosi soci della sottosezione poschiavini.
- la partecipazione al Tiro di Poschiavo organizzato dalla sottosezione del Grigioni italiano
- il tiro di Ponte Brolla con un'ampia partecipazione dei soci di Pro Militia
- il pranzo finale, a base di selvaggina, al ristorante San Marco di Agno che ha riscosso un buon successo.

Presenta il nuovo comitato della sottosezione di Poschiavo, Ilario Costa presidente, Claudio Pelliccioli vice presidente e segretario, Davide Fisler cassiere, i revisori sono Renato Menghini e Duilio Plozza, l'assemblea sottolinea con un applauso la loro presenza in sala.

Ricorda inoltre la presenza alle promozioni delle Scuole Sottufficiali

di Airolo, alle assemblee di altre società paramilitari ed alle riunioni del comitato Centrale.

Ringrazia la segretaria cassiera Angioletta e la sorella Sandra ed il comitato per la collaborazione.

Chiude con una nota negativa, anche se stabile, il numero dei soci è in continua e lenta erosione e chiede a tutti i presenti un aiuto per il reclutamento di forze nuove. Con un applauso il suo rapporto viene approvato.

Franco Crivelli chiede al comitato di scrivere una lettera al dipartimento militare, al consiglio federale e al capo dell'esercito per denunciare lo scandaloso andazzo del nostro esercito. Nella prossima riunione il comitato valuterà la questione.

Nicoletta Beretta Piccoli chiede se abbiamo già preso posizione sulle nuove versioni in consultazione del Salmo Svizzero.

Samuele Quattropiani fa notare che, dopo l'approvazione del consiglio federale, legalmente deve essere comunque votato dalla popolazione. Seguono altri brevi interventi su questo tema.

5. Relazione finanziaria

La cassiera presenta la situazione finanziaria al 31 dicembre 2014 che chiude con una maggiore entrata di Fr. 951.05. Il patrimonio al 31 dicembre 2014 ammonta a fr. 23.414.80.

Stelio Pesciallo da lettura del rapporto di revisione e i conti sono approvati all'unanimità dai presenti.

6. Programma 2015

Tiro del veterano:

Il tiro della sottosezione di Poschiavo si terrà il 16 maggio allo stand «Li Gleri». Il tiro 2015, organizzato con i Circolo Ufficiali di Locarno e Bellinzona, l'ASSU Locarno e le Donne nell'Esercito avrà luogo sabato 5 settembre. Il presidente si augura di avere nuovamente un folto gruppo di socitiratori a questa bella manifestazione. Il presidente legge i risultati e procede alla premiazione del tiro 2014 consegnando ai soci presenti la medaglia ricordo. I poschiavini comunicheranno al comitato i risultati del tiro 2014 e verranno inviate le medaglie.

Pranzo di fine attività 2015:

Quest'anno si terrà il 14 novembre al Ristorante al Parco di Muralto e organizzeremo nuovamente il tradizionale bollito misto.

7. Eventuali

Lardi ricorda brevemente 2 ufficiali, Ettore Monzeglio e Walter Zoppi, che ci hanno lasciato nel 2014. Si rammarica che la bandiera Svizzera è troppo poco visibile e invita i presenti ad esporla almeno il 1° di agosto e non solamente durante i mondiali di calcio.

Il brigadiere Crivelli prende la parola per disquisire sulla nuova revisione dell'esercito che ritiene sia accettabile, ma è sconcertato dal comportamento delle autorità federali. Marco Tenchio ritiene che ci sono troppe naturalizzazioni.

Mauro Braga si associa all'intervento del brigadiere Crivelli e suggerisce di inviare una copia della lettera che il comitato invierà alle autorità federali, proposta da Franco Crivelli, anche ai deputati ticinesi alle camere e dice di essere profondamente deluso dal comportamento del capo del nostro esercito troppo arrendevole di fronte alle autorità.

Ricorda le parole che l'ex presidente centrale Liaudat disse all'assemblea di Giubiasco del 2013: «Il parlamento deve assolutamente votare il budget altrimenti mancheremo crudelmente dei mezzi per assicurare un esercito valido e competitivo che possa garantire la sicurezza del nostro Paese e fa notare che anche i rappresentanti dei partiti storici non prendono abbastanza posizione in favore dell'esercito».

Segue uno scambio animato di opinioni, partendo dalla fotografia dei soldati in uniforme che sventolano la bandiera albanese apparsa sui quotidiani.

Prende la parola il magg Quattropiani, rappresentante del Circolo Ufficiali di Lugano, espone brevemente la posizione di tutte le società militari degli ufficiali riguardo le novità e l'andamento del nostro esercito, ritiene inoltre che i mezzi a disposizione dell'esercito sono inefficienti per mancanza di manutenzione, i militari non sono istruiti a dovere e non sanno nemmeno manipolare l'arma. Anche i giovani ufficiali non si sentono completamente integrati e preparati ai compiti che li attendono. I corsi di ripetizione non si tengono più a stretto contatto con la gente e l'esercito non è più visibile e di conseguenza non è conosciuto dalla popolazione che non è più coinvolta direttamente.

Luigi Frasa non vuole sputare nel piatto che gli ha consentito di vivere bene. Pensando alle prossime votazioni, ha visto al mercato di Bellinzona le bancarelle elettorali e persone che sono sempre state contro l'esercito in vista delle votazioni si schierano a favore, bisogna ponderare bene a chi dare il voto e riconoscere chi ci rappresenta veramente.

8. Chiusura assemblea 2015

Alle ore 11.30 il presidente, con un ringraziamento a tutti gli intervenuti, chiude i lavori assembleari con un arrivederci numerosi alle prossime manifestazioni e invita i presenti all'aperitivo e al pranzo.

Sandra Isotta, Sezione della Svizzera Italiana di Pro Militia.



Soci partecipanti all'assemblea della SSI

Tragedia di Gola di Lago, omaggio ai caduti

Come da tradizione, venerdì 13 novembre 2015 una delegazione di ex militi del Gruppo Fortezza 9 ha commemorato, presso la cappella della Casa di Riposo San Giuseppe di Tesserete, il tragico incidente di Gola di Lago, in cui persero la vita due artiglieri del Gruppo Fortezza 9.

Il 13 novembre 1942, durante un esercizio di tiro con lanciamine, i due militi furono vittime di un tragico incidente mentre procedevano alla ricarica del pezzo. Durante le fasi del tiro celere qualcosa andò storto. Nel lanciamine caricarono una nuova granata prima della partenza della precedente, probabilmente traditi dallo stress. La commemorazione è stata presieduta dal

Prevosto Don Gabriele Diener, cappellano militare, e dall'ex comandante del Gruppo Fortezza 9, maggiore a riposo Enrico Besomi.

Durante la cerimonia un doveroso e commosso pensiero è stato rivolto ai caduti, ed è stato ricordato il colonnello Arnoldo Moriggia, già comandante del Corpo della guardia delle fortificazioni.

Alla tragedia di Gola di Lago è pure dedicata una lapide.

Ricordiamo che il Gruppo Fortezza 9 operava in tutti i settori fortificati del Cantone Ticino, in particolare lungo la famosa linea LONA e la linea di difesa Ponte Brolla, Gordola, Magadino, Monte Ceneri, Alpe del Tiglio e Gola di Lago.

Giorgio Piona



Gola di Lago. Cerimonia dei caduti, 1942

Randbemerkung

Die WEA – ein weiterer Abbau der Miliz

Absatz 1 des Artikels 58 unserer Bundesverfassung ist hinlänglich bekannt: «Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert».

Bereits die Armee XXI hatte zu einer verfassungswidrigen Marginalisierung unserer Miliz geführt. Die WEA führt diesen Abbau der Miliz unverfroren weiter. Nun soll die Brigadestufe bei der Infanterie abgeschafft werden. Damit wird den Milizoffizieren der Infanterie die Möglichkeit genommen, den Rang eines Brigadiers zu erreichen. Ja noch schlimmer: Es ist zu befürchten, dass die Beförderungsmöglichkeiten in der Infanterie beim Grad des Hauptmanns enden, denn die wenigen verbleibenden Bataillonskommandos werden durch Instruktoren besetzt.

Dies ist schlichtweg verfassungswidrig. Prof. Dr. Dietrich Schindler von der Universität Zürich schreibt in seinem Gutachten vom 14. April 1999 zum Milizprinzip (Zitat S. 12 Lit. c): «Als drittes verfassungswichtiges Merkmal ist die Tatsache aufzuführen, dass die militärischen Formationen durch Milizkader, nicht durch Berufsoffiziere und -unteroffiziere geführt werden. Durch dieses Merkmal unterscheidet sich das schweizerische Milizsystem von den Wehrpflichtarmeen (...).»

Prof. Rainer J. Schweizer von der Universität St. Gallen bekräftigt in seinem Gutachten vom 23. August 2010 zu Händen des VBS diese Auffassung. Er schreibt S. 90. Ziff. 2: «Im Grundsatz gilt, dass den Milizoffizieren und -unteroffizieren in quantitativer bzw. zahlenmässiger Hinsicht in der Schweizer Armee

das Übergewicht zukommen muss. Sollte sich das Milizprimat im Kader – unabhängig ob in Durchdiener- oder WK-Formationen – nicht aufrechterhalten lassen, bedarf es einer Verfassungsänderung (...).»

Im Kommandobereich besteht schon längst ein Übergewicht von Berufskommandanten. Es darf nicht sein, dass das verlangte Übergewicht der Milizkader sich nur noch auf die Stufe Kompanie, (allenfalls noch Bataillon) beschränkt und die Führungsfunktionen zunehmend ausschliesslich für Berufsoffiziere reserviert werden.

Auch Dr. Gerhard M. Saladin fordert in seiner Dissertation (Verlag DIKE, 2012) S. 298: «Kader und Kommandanten sind mehrheitlich Milizangehörige». Dieser Forderung wird im Bereich der Kommandanten auf mittlerer und höherer Stufe schon längst nicht mehr nachgelebt. Somit ist bereits der aktuelle, vor allem aber der künftige Zustand eindeutig verfassungswidrig, denn nach Schindler, Schweizer und Saladin müssen Milizverbände durch Milizkader und nicht durch Berufsoffiziere und -unteroffiziere geführt werden. Der heutige verfassungswidrige Zustand hätte längst zu einer Verfassungsänderung führen müssen. Stattdessen will der Bundesrat im Rahmen der WEA durch die Abschaffung der Infanterie-Brigaden die milizwidrigen Führungsstrukturen noch verschärfen.

Haben die sieben Bundesratsmitglieder am Wahltag nicht geschworen (Frau Sommaruga hat gelobt), die Verfassung und die Gesetze zu respektieren? Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Und wo steht und bleibt das Parlament, fragt.

Argus.

Buchempfehlungen

Roland Haudenschild und Heinrich L. Wirz

Simplicity – die Kunst, die Komplexität zu reduzieren.

Gelungenes Lob der Einfachheit und praktische Anleitung dazu – ernsthaft und unterhaltend.

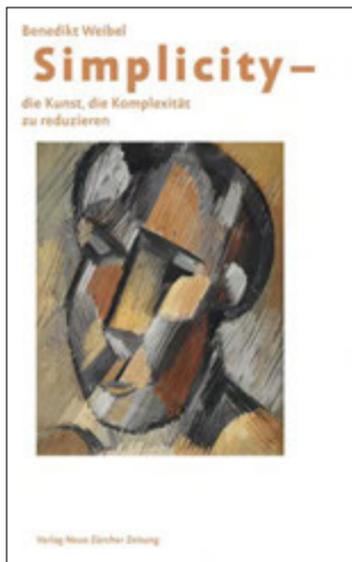
Benedikt Weibel, Betriebswirtschaftler und Bergführer, von 1993–2006 oberster Eisenbahner der Schweiz und in der Folge Honorarprofessor, nennt den preussischen General Carl von Clausewitz (1780–1831) «als Begründer der militärischen Lehre von der Strategie».

Dieser bezeichne die Fähigkeit, aus einer unübersehbaren Menge von Gegebenheiten das Wichtigste herauszufinden, als «Le coup d'oeil». Es sei eine Kunst jenseits von Wissenschaft, Logik und Mathematik nach der Maxime «Weniger ist mehr». Offensichtlich falle es vielen Menschen schwer, danach zu handeln.

Erinnert wird an den italienischen Ökonomen Vilfredo Pareto (1848–1923). Er hat in Systemen von Menschen und Natur das nach seinem Namen benannte Verhältnis von Variablen herausgefunden. So besagt das sogenannte Pareto-Prinzip, dass mit 20 Prozent Einsatz 80 Prozent des Ergebnisses erzielt werden könne. Allerdings komme es darauf an, die richtigen 20 Prozent zu finden.

Die Welt bestehe aus Mustern, die zu erkennen unerlässlich sei. Napoleon (1769–1821) soll vor der für ihn siegreichen «Dreikaiserschlacht» von Austerlitz (1805) alle möglichen Schlachten im Kopf gehabt haben, lauter Muster aus den Elementen Soldaten und Kanonen, Infanterie und Kavallerie sowie Gelände und Stellung.

Mustererkennung könne man lernen, aber es brauche dazu ein gewisses Talent und einen wirksamen Lernvorgang. Zudem sei Gesichtserkennung überlebenswichtige Mustererkennung. Das



Zurückführen ineinandergreifender Tatbestände auf wenige, aber entscheidende Umstände sei ein Thema, das die grossen Denker seit Jahrtausenden beschäftige. Das drastische Grundprinzip des englischen Philosophen Wilhelm von Ockham (1288–1347) ist im bildhaften Ausdruck «Ockhams Rasiermesser» verewigt: «Suche das Wesentliche und schneide alles andere mit dem Rasiermesser ab!»

Ein Werkzeug für Piloten, Ärzte und leitende Persönlichkeiten sei die Checkliste (Duden: Kontrollliste). Eine solche sei nicht nur eine Hilfe, sondern eine Grundvoraussetzung, um vielschichtige Lagen zu meistern. Der Verfasser greift auf seine Erfahrungen als Chef der Schweizerischen Bundesbahnen zurück einschliesslich des Stromausfalls von 2005. «Auch wenn die Anwendung einer Checkliste keinen Spass macht: «Seien Sie in der Umsetzung konsequent». Beizufügen ist, dass eine Checkliste nicht nur für gehobene Berufe unentbehrlich ist, sondern täglich für jedermann. Nach dem Rezept «Weibel» das Wesentlichste über «Simplicity» nachfolgend in 45 Se-

kunden: Im Gegensatz zum Titel ist sein Buch nicht simpel.

Der Autor fasst alle diese Ansätze zur Einfachheit nicht in einer trockenen Abhandlung zusammen, sondern mittels eingängiger Geschichten – nach seiner Vorgabe kurz, lehrreich und unterhaltsam. Diese Texte sind Grundlage für den praktischen Teil mit Anregungen zur Verminderung der Komplexität (Duden: Vielschichtigkeit) und zur Konzentration auf das Wesentliche – auch im alltäglichen Leben. Jedes Kapitel wird ergänzt mit Merksätzen «Auf einen Blick».

Trotz Clausewitz, Napoleon und Ockham ist es überhaupt kein Buch ausschliesslich für Männer, sondern auch für Frauen zu ihrer Selbstbehauptung sehr empfehlenswert. Zu guter Letzt fasst Benedikt Weibel seine Kernsätze zusammen, darunter: «Weniger ist mehr» ist eine Grundhaltung; Kampf der Bürokratie; pflegen Sie den Spaziergang!».

Heinrich L. Wirz

Benedikt Weibel:
Simplicity – die Kunst, die Komplexität zu reduzieren.
176 Seiten, gebunden, mit farbigem Schutzumschlag.
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2014, 5. Auflage 2015.
ISBN 978-3-03810-128-4
Verkaufspreis CHF 34.–



Artillerie: Inspektoren und Waffenchefs

Die Oberstartillerieinspektoren sowie die eidgenössischen Inspektoren und Waffenchefs der Artillerie (1804–1995).

In der Militärgeschichte gilt die Artillerie als Königin der Waffengattungen; sie hat eine grosse Tradition und spielte stets eine entscheidende Rolle. In der reichhaltigen Literatur zur Schweizer Armee fehlte bis jetzt eine zusammenhängende 200-jährige Geschichte der Artillerie. Das vorliegende Werk schliesst diese Lücke und stellt die Entstehung, das Wesen und die Entwicklung der Schweizer Artillerie, sowie ihren Abstieg in einem übergeordneten Gesamtrahmen dar. Die Oberstartillerieinspektoren, eidgenössischen Inspektoren und Waffenchefs von 1804 bis 1995 bilden die geschichtliche Klammer des Themas. In den etwa vier gleich langen Kapiteln des Buches wird je eine zeitliche Epoche von rund fünfzig Jahren abgedeckt und damit ein eigentlicher Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Schweizer Artillerie im 19. und 20. Jahrhundert geleistet, umfassend die Zeit von ihrer Grundlegung in der Mediation 1804 bis zu dem durch das Reformprojekt Armee 95 eingeleiteten Niedergang 1995. Die 21 Persönlichkeiten in dieser Zeitspanne werden biografisch vollständig erfasst und in den militär- und artilleriehistorischen Zusammenhang ihrer Zeit gestellt. Gewürdigt werden im Weiteren ihre Leistungen, Verdienste und Hinterlassenschaften. Je nach der Ära ihres Wirkensverfügt diese Persönlichkeiten über unterschiedliche Kompetenzen und Wirkungsmöglichkeiten.

Der Erfolg oder Misserfolg der artilleristischen Entwicklung war abhängig von den jeweiligen politischen Umständen und finanziellen Machbarkeiten. Im ersten Kapitel wird die Ära der Oberstartillerieinspektoren von 1804 bis 1849 beschrieben, die militär- und artilleriehistorische Ausgangslage und ihre bedeutende Stellung. Das zweite

Kapitel behandelt die neue Ära der eidgenössischen Inspektoren und Waffenchefs der Artillerie nach der Reorganisation der Bundesverwaltung von 1849 bis 1900, die militär- und artilleriehistorische Entwicklung und den Übergang vom eidgenössischen Inspektor zum Waffenchef der Artillerie 1875, dessen Stellung, Verantwortung und Bedeutung. Das dritte Kapitel stellt die eidgenössischen Waffenchefs der Artillerie im Gleichschritt mit den übrigen Waffengattungen von 1900 bis 1945 dar. Behandelt wird die militär- und artilleriehistorische Entwicklung, die Stellung, Position und Grad des eidgenössischen Waffenchefs der Artillerie. Das vierte Kapitel befasst sich mit der Geschichte vom Geschütz zum Waffensystem Artillerie, mit dem Ende der Epoche der eidgenössischen Waffenchefs der Artillerie von 1945 bis 1995, wobei die militär- und artilleriehistorische Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg dargestellt wird, sowie die Änderungen im Führungs- und Kompetenzbereich der eidgenössischen Waffenchefs der Artillerie der Nachkriegszeit. Eine tabellarische Übersicht aller 21 Oberstartillerieinspektoren, eidgenössischen Inspektoren und Waffenchefs der Artillerie von 1804 bis 1995 erleichtert die Lesbarkeit und trägt zur Übersichtlichkeit bei. Die stolze und traditionsreiche Waffengattung Artillerie soll mit den beschriebenen Persönlichkeiten in einen geschichtlichen Kontext gestellt werden, was dem Autor mit diesem Buch gelungen ist.

Roland Haudenschild

Stefan Holenstein:
Die Oberstartillerieinspektoren sowie die eidgenössischen Inspektoren und Waffenchefs der Artillerie (1804-1995)
2. Auflage, Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2015
ISBN 978-3-85648-153-7
Preis CHF 45.–

Einmal mehr: Gleichartigkeiten der militärischen Truppenführung mit der zivilen Unternehmungsleitung – auch für Mittel- und Kleinbetriebe

Alois Camenzind und Urs Fueglistaller wollen in ihrem inhalts- und lehrreichen Werk zwei Fragen zur unternehmerischen Handlungsfähigkeit beantworten. Erstens: Können die militärstrategischen Lehren von Clausewitz auf die Wirtschaft übertragen werden? Zweitens: Wie können agile Unternehmen daraus Nutzen ziehen?

Die Autoren sind überzeugt, dass die Lehren von Carl von Clausewitz viel mehr umfassen, als die Grundsätze von Konzentration der Kräfte oder Einfachheit und Überraschung. In einem einleitenden Kapitel werden Marktwirtschaft und Kriegslehren und deren Nutzen und Ideologien erläutert. Es folgt die Bestimmung des im Buche zentralen Begriffes des «agilen Unternehmens» (Duden: von grosser Beweglichkeit zeugend; regsam und wendig). Vom Wandel sowie der Instabilität und Unsicherheit als fundamentale Tatsachen unserer Welt handelt Kapitel 3. Geschichtli-

ches und Kriegslehren nach Clausewitz werden im ausführlichen Kapitel 4 dargestellt. Agile Unternehmen und Strategien sind der Inhalt von Kapitel 5. In 6 und 7 folgen Beispiele strategischen Clausewitz-Denkens agiler Unternehmen sowie Schlussbemerkungen. Wie kann die Überlebensfähigkeit sowie die Markt- und Konkurrenzfähigkeit erreicht und gehalten werden? «Unsere Darstellungen zeigen, dass strategisches Denken für agile Unternehmen ein unabdingbares Muss ist, um im wirtschaftlichen Nebel von Instabilität und Unsicherheit zu bestehen.» (Seite 152) Das Gedankengut von Clausewitz helfe mehrfach, einerseits eine klare Unterscheidung von Zweck, Ziel und Mitteln und entsprechende Verhaltens- und Handlungsgrundsätze. Andererseits genüge allein weder das strategische Denken noch das taktische Handeln nach gefühlter Eingebung. «Es braucht beides.» Strategisches Entscheiden und Handeln gründe auf einem oft mühsamen Denkprozess einschliesslich sorgfältiger Lage-

beurteilung. Zu den praktischen Anwendungsbeispielen gehören die Schwyzer Kantonalbank und die Goba AG, Mineralquelle und Manufaktur in Gontenbad, Appenzell Innerrhoden. Gezeigt wird, wie die Grundsätze von Clausewitz umgesetzt werden, darunter Einfachheit, Überlegenheit der Zahl, Konzentration und Ökonomie der Kräfte, Überraschung, List und feste Regeln sowie Flexibilität und Sicherheit. Das Werk bestätigt einmal mehr die Überlegenheit strategischen Denkens, gefolgt durch ebensolches Führen und Handeln.

Heinrich L. Wirz

Alois Camenzind ist Betriebswirtschaftler, Rechtsanwalt, mehrfacher Verwaltungsrat und nebenamtlicher Bundesrichter. Er ist Oberstleutnant ausser Dienst und war Leitender Nachrichtenoffizier der Gebirgsdivision 9.



Urs Fueglistaller ist Professor für Führung von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) an der Universität St. Gallen (HSG). Er ist Direktor des Schweizerischen Instituts KMU/HSG. Im Militär war er Soldat im Panzerbataillon 16.

Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz (1780–1831) war preussischer Generalmajor, Heeresreformer und Militärstrateg. Er ist bekannt durch sein Hauptwerk Vom Kriege. «Es ist alles im Kriege sehr einfach, aber das Einfachste ist schwierig.»

Alois Camenzind / Urs Fueglistaller: Strategisches Denken in KMU und die Lehren von Clausewitz.
164 Seiten, 35 Illustrationen farbig / schwarz-weiss; gebunden.
Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2014.
ISBN 978-3-03823-917-8
Verkaufspreis CHF 50.–

Gruppe GIARDINO

Halbierung der Armee vors Volk! Eine politische Betrachtung

Die von Bundesrat und Parlament vorgelegte «Weiterentwicklung der Armee»¹⁾ ist verfassungswidrig. Der in der Bundesverfassung festgelegte Auftrag der Armee kann mit einer nochmals halbierten Armee nicht mehr erfüllt werden.

Waren unsere Vorfahren «blöd», wenn sie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts einen Bestand von rund 700 000 Angehörigen der Armee für die Sicherheit der Schweiz für angemessen hielten, voll ausgerüstet? Selbstverständlich nicht. Die Schweizerische Armee genoss damals hohes Ansehen nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland²⁾. Politik und Bevölkerung waren sich weitestgehend einig, dass ein Angriff auf die Schweiz mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt werden muss. Auch die dazu erforderlichen materiellen und baulichen Beschaffungen wurden (mit den in einer direkten Demokratie gewohnten Diskussionen) letztendlich von Volk und Politik immer in ausreichendem Mass genehmigt. Seit dem «Fall der Mauer» im Jahr 1989 scheint der Wille der Politik, die Schweiz zu verteidigen, wie der Schnee an der Sonne dahinzuschmelzen. Das Gegenteil ist allerdings im Volk zu beobachten. In zahlreichen Volksabstimmungen hat sich das Schweizer Volk immer unmissverständlich hinter eine starke Landesverteidigung gestellt. Der Wehrwille des Volkes ist im Wesentlichen ungebrochen, auch wenn das Vertrauen in die Armeeführung in den letzten Jahren stark zurückging. Die Gripen-«Panne» war Ausdruck dieses Vertrauensverlustes, keinesfalls ein Zeichen schwindenden Wehrwillens. Die Armeeführung hat sich dem Diktat einer dem Defaitismus zuneig-

enden Landesregierung (vgl Pilet-Golaz) ohne zu Murren gefügt. Kritiker und Querdenker wurden rechtzeitig ausgeschaltet oder mundtot gemacht. Die Armeespitze muss sich den Vorwurf gefallen lassen, ihren Auftrag entweder nicht verstanden zu haben oder diesen nicht Ernst zu nehmen. Oder geht es etwa nur noch um den Erhalt eigener «Pfründe»?

So kam es zur Verschwörung. Zur Verschwörung zwischen dem «alten» Parlament, dem «alten» Bundesrat und der Armeeführung. Parlament und Bundesrat wollten möglichst wenig Geld in die Sicherheit des Landes investieren, die Armeeführung ging in die Offensive und forderte nun eine teure High-tech-Armee. Dieser Idee sollte die Hälfte des Bestandes der Armee geopfert werden. Das frühere angebotene Motto der Schweizerischen Sicherheitspolitik lautete bekanntlich «Sicherheit durch Kooperation». Man träumte davon, dass «Andere» die Sicherheit der Schweiz im Bedarfsfall gewährleisten würden. «Andere» kann in der derzeitigen politischen Lage Westeuropas nur die NATO sein. «Partnership for Peace» sollte die immer eklatanter erkennbaren Lücken der Schweizerischen Sicherheitsdispositionen schliessen. Als Gegenleistung forderte die NATO folgerichtig, dass die Schweizer Armee organisatorisch und technisch NATO-Kompatibilität erlangt. Auf dieses Ziel konzentrierte sich alsdann unsere Armeeführung, ohne unsere verfassungsmässigen Vorgaben weiter zu beachten. Die WEA-Armee ist in diesem «Transformations-Prozess» nur der bisher letzte Schritt. Die Schweizer Armee soll künftig aus NATO-Modulen bestehen, welche jederzeit dem NATO-Oberkommando unterstellt

werden können. «Sicherheit durch Kooperation» ging selbstverständlich nie davon aus, dass die NATO unsere Sicherheit einfach kostenlos «besorgen» würde. Armeeführung und Politik waren sich bewusst, dass die Schweizerische Armee nach den diversen Abbauschritten ihren Auftrag nicht mehr selbstständig erfüllen könnte und in einem Konfliktfall sofort auf die Unterstützung von NATO-Kräften angewiesen wäre. Als Gegenleistung wurde die Schweizerische Armee auf Kompatibilität getrimmt, um von der NATO bei Bedarf zum Einsatz in NATO-Kriegen beigezogen zu werden. Der Bundesrat gibt dieses Modell in seinen «Zielen des Bundesrats 2016»³⁾ offen zu, wenn er darin schreibt, «ein Rahmenabkommen mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an militärischen Operationen der EU anzustreben». NATO-Kompatibilität ist nur dann erforderlich, wenn gemeinsame Kampfhandlungen beabsichtigt werden und wenn eine Unterstellung schweizerischer Truppen unter NATO-Oberbefehl vorgesehen ist. Ansonsten verhindert sie, dass die Konzeption der Schweizerischen Armee auf die spezifischen Anforderungen und Besonderheiten der Schweiz ausgerichtet wird. Genau das ist jetzt aber passiert. Erinnert sei daran, dass Schweizerische Truppen bereits im Jahr 1812 als Teil der «Grande Armée» der damaligen «Union Européenne» Napoleons am Kriegs-Feldzug gegen Russland teilnahmen. Mit tragischen Folgen auch für unsere Soldaten. Ginge es nach dem vorstehend erwähnten Willen des Bundesrates, so werden Formationen unserer Armee in naher Zukunft wiederum in Kampfhandlungen auf ausländischen Kriegsschauplätzen verwickelt werden. Würden diese Absichten dem Volk gegenüber offen

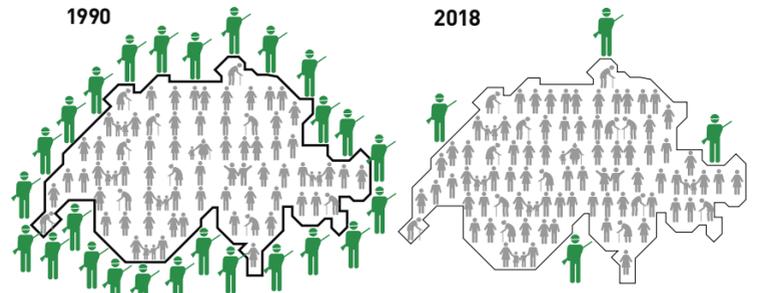


Illustration:
Entwicklung Verhältnis Armeeingehörige zu Gesamtbevölkerung

kommuniziert, würden Bundesrat und Parlament vom Volk des Landesverrats bezichtigt. Unbestritten ist, dass mit der nochmals halbierten, sogenannten «weiterentwickelten» Armee unser Land und unsere Bevölkerung nicht mehr autark geschützt werden können. Wie vorstehend erläutert, ist das auch nicht mehr die Absicht des Bundesrates. Die Armee setzt mit diesem Schritt und mit gedankenlosen Sprüchen wie «wir haben die beste Armee der Welt» ihre Glaubwürdigkeit einmal mehr aufs Spiel. In diesem Trauerspiel ist leider auch das Parlament der irrigen Meinung verfallen, die öffentliche Sicherheit sei keine fundamentale Staatsaufgabe mehr und stehe gleichsam «zur Disposition». Das Schweizer Volk aber weiss: Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist grundsätzlich die fundamentale und deshalb die prioritäre Aufgabe eines Staates. Die «raison d'être». Auch unserer Schweizerischen Eidgenossenschaft. Es ist nur folgerichtig, wenn das Schweizerische Volk nun gegen die erneute Halbierung und gegen die damit vollständig unglaubwürdig werdende Armee das Referendum ergreifen wird. Das Volk ist legitimiert, diesen Entscheid von historischer Bedeutung in eigener Verantwortung an der Urne zu fäl-

len. Es kommt, wie es kommen muss: Das Volk gegen die gesamte «Classe Politique», bestehend aus Bundesrat, Parlament und sämtlichen politischen Parteien. Wenn die Armeeführung und die Politik die Verfassung wirklich respektieren würden, hätten sie die längst überfälligen, keine Militärgesetz-Revision erfordernden, Mängelbehebungen der Armee XXI längst an die Hand genommen. Die Volksabstimmung ist unumgänglich. Erst das zu erwartende Volks-NEIN zur Halbierung der Armee wird den Weg freimachen für eine vollständige Neu-Konzeption der Schweizerischen Armee.

Willi Vollenweider
Präsident ai, Gruppe Giardino

Anmerkungen:

- 1) 14.069, Geschäft des Bundesrates, «Weiterentwicklung der Armee, Änderung der Rechtsgrundlagen», www.parlament.ch
- 2) Betschon, F.: «Erinnerungen an die Armee 61», Huber Verlag, ISBN 978-3-7193-1513-9
- 3) «Ziele des Bundesrates 2016», Band I, Bundesratsbeschluss vom 4. Nov. 2015, Schweizerische Bundeskanzlei, ISSN 1422-4518

Werden Sie Mitglied von Pro Militia! Devenez membre de Pro Militia! Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia
Postfach/case postale 369; 3000 Bern 14

Jahresbeitrag Fr. 25.–/cotisation annuelle Fr. 25.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen/L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle.

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p.f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Impressum

26. Jahrgang/26^e année/
26^e anno

Erscheint vierteljährlich/
Paraît trimestriellement/
Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero
1/2016, 22.02.2016

Abschlussdatum/Date de clôture/
Data di chiusura: 15.02.2016

Druckauflage/Tirage/Tiratura:
5 500

Nummer/Numéro/Numero
2/2016

Redaktionsschluss/
Délai de rédaction/
Termine di redazione:
02.05.2016

Erscheinungsdatum/
Date de parution/
Data di pubblicazione:
23.05.2016

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

Pro Militia

Herausgeber/Editeur/Editore

Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und eingetretener Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero

Präsident i.V./
Président/Presidente:
Simon Küchler

Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor/Rédacteur en chef/Caporedattore:

Martin Fricker,
redaktion@promilitia.ch
martin.fricker@martinfricker.ch

Insertionsbedingungen:

Format	CHF
1/1 Seite	1500.–
1/2 Seite hoch/quer	800.–
1/4 Seite hoch/quer	500.–
1/8 Seite hoch/quer	300.–

4-farbig oder schwarz/weiss

www.promilitia.ch/de/adressen

Bundehausredaktor/ Correspondant parlementaire/ Corrpondente parlamentare:

Heinrich L. Wirz,
heinrich.l.wirz@bluewin.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/ Ufficio

Postfach/Case postale/Casella postale 369, 3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch

Druck und Versand/ Impression et expédition/ Stampa e spedizione:

Stämpfli AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia

Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis: CHF 5.–
Bezugsquelle: Geschäftsstelle
Pro Militia

